

Niederschrift
über die 10. gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Inklusion und
des Beirates für Inklusion und Menschenrechte
am 07.09.2023 in Köln, Horion-Haus
- öffentlicher Teil -

Anwesend vom Ausschuss:

CDU

De Bellis-Olinger, Teresa Elisa	für Dornseifer, Falk
Kretschmer, Gabriele	
Sonntag, Ullrich	für Lünenschloss, Caroline
Mucha, Constanze	
Norkowsky, Arnold	
Dickmann, Bernd	für Dr. Schlieben, Nils Helge
Solf, Michael-Ezzo	
Wörmann, Josef	Ausschussvorsitzender, stv. Beiratsvorsitzender

SPD

Schmerbach, Cornelia	für Bausch, Manfred
Daun, Dorothee	
Servos, Gertrud	
Spinrath, Norbert	
Stergiopoulos, Ioannis	
Ullrich, Birgit	

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herlitzius, Bettina	
Kresse, Martin	für Spicale, Simone
Tuschen, Johannes	
Warnecke, Uwe Marold	

FDP

Wallutat, Heribert	für Clemens, Miriam
Steffen, Alexander	

AfD

Frambach, Heribert

Die Linke.

Reuschel-Schwitalla, Klaus

FREIE WÄHLER

Dipl.-Ing. Hagenbruch, Detlef

Die FRAKTION

Winkel, Petra

Anwesend vom Beirat:

Ausschuss (Fraktionen siehe oben)

Wörmann, Josef
Solf, Michael-Ezzo
Daun, Dorothee
Steffen, Alexander
Frambach, Heribert
Reuschel-Schwitalla, Klaus
Winkel, Petra

Landesbehindertenrat NRW

Gabor, Peter
Grimbach-Schmalfuß, Uta
Heiser, Sandra
Lindheimer, Martin
Thiems, Wolfgang
Thoms, Eva-Maria

Landesverband NRW der Angehörigen psychisch Kranker e.V.

Schubert, Wiebke

Verwaltung:

Lubek, Ulrike
Dr. Schwarz, Alexandra

Krause, Martina
Woltmann, Bernd
Wierum, Melanie
Bloschak, Dorothee

LVR-Direktorin
LVR-Dezernentin Schulen, Inklusionsamt,
Soziale
Entschädigung
LVR-Dezernat Soziales
LVR-Stabsstellenleitung 00.300
LVR-Stabsstelle 00.300 (Protokoll)
LVR-Stabsstelle 00.300

Gäste mit Rederecht:

Middendorf, Claudia

Landesbehindertenbeauftragte NRW

Weitere Gäste:

Sistermann, Lilly

Büro der Landesbehindertenbeauftragten
NRW

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

Beratungsgrundlage

1. Anerkennung der Tagesordnung
2. Niederschrift über die 9. gemeinsame Sitzung vom Ausschuss für Inklusion und Beirat für Inklusion und Menschenrechte vom 01.06.2023
3. Studien- und Informationsreise des Ausschusses für Inklusion im September 2023 nach Berlin, hier: Inhaltliche Vorbereitung **15/1890 K**
4. Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsbemühungen des LVR im Sinne der Resolution "2030-Agenda für Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten" **15/1743 E**
5. Fortführung der LVR-Inklusionspauschale bis zum Schuljahr 2025/2026 **15/1741 E**
6. Weitere Kenntnisnahmen
- 6.1. Schulentwicklungsplanung: Aktueller Sachstand der regionalen Zielplanungen **15/1738 K**
- 6.2. Modellprojekt "Inklupreneuer Rheinland" der Projektträger Hilfswerft gGmbH, Bremen und found it e.V., Wuppertal **15/1803 K**
- 6.3. Nutzung des Persönlichen Budgets im Rheinland **15/1745 K**
- 6.4. Die Eingliederungshilfe-Leistungen des LVR im Rheinland: regionalisierter Datenbericht 2021 **15/1719 K**
- 6.5. Zentrale Ergebnisse des BAGüS-Benchmarking-Berichts 2023 **15/1705 K**
- 6.6. Weiterentwicklung der Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben durch den LVR als Träger der Eingliederungshilfe **15/1826 K**
7. Anfragen und Anträge
8. Bericht aus der Verwaltung
9. Beschlusskontrolle
10. Verschiedenes

Nichtöffentliche Sitzung

11. Beschaffung und Betrieb einer Elektrobahn zur inklusiven Erschließung des LVR-Archäologischen Parks Xanten für Menschen mit Behinderungen, ältere Menschen und Familien mit Kindern **15/1666 K**
12. Beschlusskontrolle
13. Verschiedenes

Beginn der Sitzung:	10:00 Uhr
Ende öffentlicher Teil:	11:40 Uhr
Ende nichtöffentlicher Teil:	11:42 Uhr
Ende der Sitzung:	11:42 Uhr

Öffentliche Sitzung

Punkt 1

Anerkennung der Tagesordnung

Frau **Daun** verliest die Erklärung "Es geht uns alle an - Erklärung gegen Ideologien der Ungleichwertigkeit", die sich die Koalitionsfraktionen im LVR zu eigen gemacht hätten. ["Es geht uns alle an" - Erklärung gegen Ideologien der Ungleichwertigkeit - Der Paritätische - Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege \(der-paritaetische.de\)](https://www.der-paritaetische.de)

Herr **Kresse** erklärt, dass sich auch die Fraktion der Grünen der Erklärung anschließe.

Herr **Thiems** wird als neues Mitglied im Beirat für Inklusion und Menschenrechte verpflichtet.

Die Tagesordnung wird anerkannt.

Punkt 2

Niederschrift über die 9. gemeinsame Sitzung vom Ausschuss für Inklusion und Beirat für Inklusion und Menschenrechte vom 01.06.2023

Gegen die Niederschrift werden keine Einwendungen erhoben.

Punkt 3

Studien- und Informationsreise des Ausschusses für Inklusion im September 2023 nach Berlin, hier: Inhaltliche Vorbereitung Vorlage Nr. 15/1890

Herr **Woltmann** führt in die Vorlage ein und erläutert, dass die Vorlage zur persönlichen Vorbereitung der geplanten Fachgespräche im Rahmen der Reise gedacht sei. Zusätzlich erhielten alle angemeldeten Teilnehmenden ein ausführliches Heft mit organisatorischen Begleitinformationen zur Reise.

Herr **Woltmann** berichtet, dass die Verwaltung wie mit Ausschuss und Beirat vereinbart Frau

Ellen Engel-Kuhn, die Leiterin der Kontaktstelle für Behindertenangelegenheiten bei der Deutschen Bahn zum Abend der Begegnung eingeladen habe. Leider sei ihr eine Teilnahme nicht möglich, sie habe jedoch ein Gesprächsangebot zu einer anderen Gelegenheit unterbreitet. Als Idee wird diskutiert, Frau Engel-Kuhn digital zu der nächsten Solo-Sitzung des Beirates am 30.10.2023 einzuladen.

Die inhaltliche Vorbereitung der Studien- und Informationsreise des Ausschusses für Inklusion im September 2023 nach Berlin wird gemäß Vorlage Nr. 15/1890 zur Kenntnis genommen.

Punkt 4

Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsbemühungen des LVR im Sinne der Resolution "2030-Agenda für Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten" Vorlage Nr. 15/1743

Frau **Lubek** führt in die Vorlage ein. Die bisherige Halbzeitbilanz in Bezug auf die Ziele der Agenda 2030 sei unbefriedigend. Mit dieser Vorlage habe der LVR daher nun den Weg für eine strategische und organisatorische Neuausrichtung bei der Umsetzung der Agenda 2030 eingeschlagen. Kern dieser Neuausrichtung sei der erweiterte Blick auf die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs), die sowohl ökologische als auch soziale Themen ansprechen würden. Als verbandsweites Querschnittsthema, das einer zielgerichteten Steuerung bedürfe, solle die Agenda 2030 nunmehr direkt bei ihr in der Behördenleitung angesiedelt werden. Beim Aufbau eines Berichtswesens und des neuen Management- und Steuerungssystems setze man auf die Unterstützung der LAG 21 NRW e.V., die bereits viel Erfahrungen in diesem Feld habe.

Herr **Tuschen** bekräftigt das Anliegen, Nachhaltigkeit nunmehr in einem umfassenden Sinne zu beachten. Wichtig sei jedoch, dass nicht nur neue Konzepte erarbeitet würden, sondern auch konkrete Ergebnisse erzielt würden.

Frau **Daun** begrüßt sehr, dass sich der LVR dieser Thematik stelle. Der LVR sei von seinem Aufgabenprofil besonders geeignet und auch gefordert, die Erreichung der Ziele der Agenda 2030 voranzubringen. Sie regt an, neben der dezernatsübergreifenden Zusammenarbeit auch das Zusammenwirken des LVR mit seinen Mitglieds Körperschaften in den Fokus zu nehmen. Auch die Politik dürfe sich nicht zurücklehnen. Die Umsetzung der Agenda 2030 verlange einen Kraftakt der Verwaltung wie der politischen Vertretung im LVR. Alle Fachausschüsse im LVR sollten die Agenda 2030 als ganzheitliche Aufgabe betrachten.

Frau **Herlitzius** betont die Bedeutung des nun erfolgten Paradigmenwechsels. Gerade das LVR-Projekt zum inklusiven Sozialraum sei besonders geeignet, um die inklusive Nachhaltigkeit zu stärken.

Auf Rückfrage von Frau **Thoms** erläutert Frau **Lubek**, dass im Kern erreicht werden solle, dass der LVR abgestimmter auf die Erreichung der 17 SDGs hinarbeite. Hierfür seien angepasste Organisationsstrukturen und Prozesse erforderlich.

Herr **Woltmann** konkretisiert das Anliegen der Vorlage am Beispiel des Ziels "Inklusive Bildung". Aktuell würden die Kommunen in ihrer Berichterstattung zur nachhaltigen Entwicklung meist ausschließlich das Regelschulsystem betrachten. Ziel sei es nun, die überörtlichen Themen des LVR vor Ort sichtbar werden zu lassen und dadurch entsprechende Diskussionen vor Ort anzuregen. Zudem solle darauf hingewirkt werden, dass auch Menschen mit Behinderungen vor Ort mehr in Beteiligungsprozesse zu Themen der Nachhaltigkeit einbezogen würden. Hier bestehe bislang eine Lücke.

Aus Sicht des **Ausschussvorsitzenden** wäre es wünschenswert, wenn die SDGs in ihrer Ganzheitlichkeit zunehmend von den Mitarbeitenden des LVR verinnerlicht würden und zum Beispiel beim Fallmanagement in der Eingliederungshilfe mitberücksichtigt würden.

Frau **Lubek** betont abschließend, dass gerade öffentliche Institutionen wie der LVR gefordert seien, aktiv an der Fragestellung mitzuwirken, wie ein zivilisiertes Zusammenleben in der Gesellschaft zukünftig aussehen solle.

Der **Beirat** votiert **einstimmig** für den Beschlussvorschlag.

Der **Ausschuss** fasst **einstimmig** den folgenden empfehlenden Beschluss:

Der Umsetzung der in 2018 beschlossenen Schritte zur Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsbemühungen des LVR (Vorlage Nr. 14/3049) wird gemäß Vorlage Nr. 15/1743 insbesondere durch die Beauftragung der Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V. (LAG 21) zu einer externen Prozessbegleitung zugestimmt.

Punkt 5

Fortführung der LVR-Inklusionspauschale bis zum Schuljahr 2025/2026

Vorlage Nr. 15/1741

Frau **Daun** erkundigt sich im Kontext der Vorlage nach dem Fortbestand der Inklusionspauschale des Landes im Zuge der aktuellen Haushaltsberatungen. Frau **Thoms** berichtet über Kürzungspläne der Landesregierung.

Frau **Dr. Schwarz** erklärt, dass sich die Pauschale ihres Wissens noch in der Evaluation befinde. Sie sagt zu, weitere Informationen über mögliche Mittelkürzungen in Erfahrung zu bringen und die Information dem Schulausschuss und dem Ausschuss für Inklusion zur Kenntnis zu geben.

Der **Beirat** votiert **einstimmig** für den Beschlussvorschlag.

Der **Ausschuss** fasst **einstimmig** den folgenden empfehlenden Beschluss:

Der Fortführung der LVR-Inklusionspauschale, mit dem Ziel als Anreizfinanzierung die schulische Inklusion und die Entwicklung eines inklusiven Schulsystems zu unterstützen, wird gemäß Vorlage Nr. 15/1741 bis zum Schuljahr 2025/2026 zugestimmt.

Punkt 6

Weitere Kenntnisnahmen

Punkt 6.1

Schulentwicklungsplanung: Aktueller Sachstand der regionalen Zielplanungen

Vorlage Nr. 15/1738

Frau **Thoms** verweist auf die bereits diskutierte Vorlage zur Nachhaltigkeit und dem dort verankerten Ziel der inklusiven Bildung. Sie bedankt sich bei Frau Dr. Schwarz für das Bemühen des LVR, mit den Kommunen ins Gespräch zu gehen. Aus ihrer Sicht sei es allerdings wenig überraschend, dass die Kommunen kaum Interesse an Kooperationen mit dem LVR hätten. Die Kommunen würden ihre Autonomie wahren wollen und seien froh, dass ihnen der LVR die Schulträgerkosten für einen Teil der Schülerschaft mit Förderbedarf abnehme. Aus Sicht von Frau Thoms müsse der LVR die Kommunen stärker darauf hinweisen, dass bei ihnen nach § 20 des Schulgesetzes NRW die Erstzuständigkeit für die sonderpädagogische Förderung liege. Der LVR sollte daher die Kommunen danach fragen, welche Unterstützung sie bei der Umsetzung dieses Förderauftrags vom LVR benötigen würden. Insgesamt bekenne sich die Vorlage zwar klar zum Ziel der inklusiven Bildung, fördere aber im Kern ein segregiertes Schulsystem. Auch der UN-Fachausschuss in Genf sei bei der zweiten Staatenprüfung zur Umsetzung der BRK in Deutschland ihrer Einschätzung nach fassungslos gewesen, dass Deutschland noch neue Förderschulen baue.

Frau **Daun** teilt die Analyse von Frau Thoms mit Blick auf die Interessenslage der Kommunen grundsätzlich, verweist aber auf die Eigenständigkeit der Kommunen. Der LVR könne nichts anderes tun, als zu werben. Ziel müsse es sein, das gesamte Schulsystem durchlässiger zu gestalten. Sie erinnert an die Idee, die Förderschulen des LVR für Schüler*innen anderer Förderschwerpunkte sowie ohne Förderschwerpunkt zu öffnen.

Der **Ausschussvorsitzende** betont, dass die im LVR tätigen Kommunalpolitiker*innen die Möglichkeit hätten, in ihren Mitgliedskommunen auf die dortigen Diskussionen zur Schulpolitik Einfluss zu nehmen und die örtlichen Schulverwaltungen politisch zur Kooperation mit dem LVR aufzufordern.

Frau **Dr. Schwarz** macht deutlich, dass es ihrer Auffassung nach nicht die Aufgabe des LVR sei, die Kommunen auf ihre schulgesetzlichen Pflichten hinzuweisen. Ihrer Erfahrung nach seien die Kommunen oft willens, Inklusion voranzubringen, stünden aber vor massiven Herausforderungen, auch finanziell. Sie sehe den LVR vor allem in der Rolle als Ideengeber und als beratende Institution, die die Kommunen begleiten könne. Letztlich könne der LVR nur seine eigenen Aufgaben verstärken.

Der **Ausschussvorsitzende** weist darauf hin, dass das Thema der inklusiven Bildung auch während der anstehenden Berlin-Reise des Ausschusses gemeinsam mit dem Beirat weiter diskutiert werden könne.

Der aktuelle Sachstand der regionalen Zielplanungen im Rahmen der Schulentwicklungsplanung wird gemäß Vorlage Nr. 15/1738 zur Kenntnis genommen.

Punkt 6.2

Modellprojekt "Inklupreneur Rheinland" der Projektträger Hilfswerft gGmbH, Bremen und found it e.V., Wuppertal Vorlage Nr. 15/1803

Frau **Herlitzius** weist darauf hin, dass nach ihrer Einschätzung die Stärkung vorhandener Strukturen langfristig mehr helfe als Projekte. Trotzdem sei es lohnenswert, diesen neuen Ansatz zu erproben und entsprechend zu evaluieren.

Frau **Dr. Schwarz** betont, dass es darum gehe, die vorhandenen Integrationsfachdienste zu stärken. Das Projekt ziele bewusst auf die Erschließung neuer Branchen und Unternehmensgrößen ab. Daraus sollten Erkenntnisse abgeleitet werden, was die Integrationsfachdienste strukturell brauchen würden. Eine Evaluation sei Bestandteil jedes Modellprojektes des LVR-Inklusionsamtes.

Ausschuss und Beirat nehmen den Beschluss des Sozialausschusses gemäß Vorlage Nr. 15/1803 für das 3-jährige Modellprojekt "Inklupreneur Rheinland" in Höhe von 855.388 € aus Mitteln der Ausgleichsabgabe zur Kenntnis.

Punkt 6.3

Nutzung des Persönlichen Budgets im Rheinland Vorlage Nr. 15/1745

Herr **Gabor** bittet die Verwaltung darum, wegen der Berlin-Reise einen neuen Termin für das zum Thema Persönliches Budget geplante Verbändegespräch Selbsthilfe zu finden.

Mit Blick auf die von Herrn Gabor geäußerte Kritik an der fehlenden Begleitung der Antragstellenden beim Persönlichen Budget verweist der **Ausschussvorsitzende** an die

Verantwortung der dafür geschaffenen EUTB und KSL sowie die Beratungsangebote nach § 106 SGB IX.

Auf Nachfrage erläutert Frau **Krause**, dass es im Dezernat eine klare Anweisung gebe, alle Bescheide für das Persönliche Budget zu entfristen. Das werde schrittweise umgesetzt, wenn die bisherige Befristung ende.

Frau **Daun** betont, dass es sich beim Persönlichen Budget um ein lernendes System handele. Das Verfahren an sich sei komplex. Es sei jedoch ein hohes Engagement auf allen Seiten erkennbar.

Frau **Schubert** weist auf grundsätzliche Schwierigkeiten mit der Bedarfsermittlung in der Eingliederungshilfe hin. Das aktuell eingesetzte Instrument sei zu wenig flexibel, um besondere Bedarfe erkennbar zu machen. Gleichzeitig sei das ganze Verfahren sehr kompliziert, zum Beispiel für Angehörige. Frau **Servos** macht in diesem Kontext auf die Gruppe der nicht verbal kommunizierenden Personen mit Behinderungen aufmerksam. Zudem bräuchten die Mitarbeitenden im LVR ausreichend Zeit, um die Fälle entsprechend prüfen und bewilligen zu können.

Frau **Krause** berichtet, dass man im Dezernat aktuell dabei sei, das System der Bedarfsermittlung grundlegend zu überarbeiten.

Die Darstellung der Fallzahlentwicklung sowie die Ergebnisse des Befragungsprojekts zur Nutzung des Persönlichen Budgets im Rheinland werden gemäß Vorlage Nr. 15/1745 zur Kenntnis genommen.

Punkt 6.4

Die Eingliederungshilfe-Leistungen des LVR im Rheinland: regionalisierter Datenbericht 2021 Vorlage Nr. 15/1719

Die Vorlage wird gemeinsam mit Tagesordnungspunkt 6.5 behandelt.

Frau **Herlizius** weist darauf hin, dass es notwendig sei, die Beantragung von Assistenzleistungen im Freizeitbereich zu vereinfachen und zu beschleunigen.

Der regionalisierte Datenbericht 2021 zu den Eingliederungshilfe-Leistungen des LVR wird gemäß Vorlage Nr. 15/1719 zur Kenntnis genommen.

Punkt 6.5

Zentrale Ergebnisse des BAGüS-Benchmarking-Berichts 2023 Vorlage Nr. 15/1705

Die Vorlage wird gemeinsam mit Tagesordnungspunkt 6.4 behandelt.

Die zentralen Ergebnisse des BAGüS-Benchmarking-Berichts 2023 (Berichtsjahr 2021) werden gemäß Vorlage Nr. 15/1705 zur Kenntnis genommen.

Punkt 6.6

Weiterentwicklung der Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben durch den LVR als Träger der Eingliederungshilfe Vorlage Nr. 15/1826

Es gibt keine Wortmeldungen.

Der Bericht der Verwaltung zur Weiterentwicklung der Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben durch den LVR als Träger der Eingliederungshilfe wird gemäß Vorlage Nr. 15/1826 zur Kenntnis genommen.

Punkt 7

Anfragen und Anträge

Es gibt keine Wortmeldungen.

Punkt 8

Bericht aus der Verwaltung

Herr **Woltmann** weist auf den 6. LVR-Dialog Inklusion und Menschenrechte hin, der am 14. November 2023 stattfindet.

Nachtrag zum Protokoll: Die Einladungen wurden inzwischen versendet. Um zeitnahe persönliche Anmeldung unter dialog.lvr.de für die Teilnahme vor Ort wird gebeten!

Punkt 9

Beschlusskontrolle

Es gibt keine Wortmeldungen.

Punkt 10

Verschiedenes

Frau **Middendorf** berichtet über die neu bei ihr angesiedelte Monitoring- und Beschwerdestelle nach dem Wohn- und Teilhabegesetz in NRW, die zum 15.8.2023 ihre Arbeit aufgenommen habe. Die Monitoring- und Beschwerdestelle NRW erfasse Meldungen und Beschwerden im Zusammenhang mit freiheitsbeschränkenden und freiheitsentziehenden Maßnahmen in Einrichtungen nach dem Wohn- und Teilhabegesetz. Sie stelle Informationen zur Vermeidung und Anwendung dieser Maßnahmen bereit. Zudem biete sie allen Betroffenen und Beteiligten, die in Einrichtungen nach dem Wohn- und Teilhabegesetz arbeiten und/oder leben sowie deren An- und Zugehörigen Hilfestellung und Beratung bei Gewaltvorkommnissen im Zusammenhang mit freiheitsbeschränkenden und freiheitsentziehenden Maßnahmen. Frau Middendorf verteilt dazu Flyer. Ein Flyer in Leichter Sprache sei in Arbeit.

Herr **Gabor** macht auf eine Veranstaltung zum Thema Medizinrecht und Patientenverfügungen aufmerksam, die der Landesbehindertenrat NRW gemeinsam mit der LAG Selbsthilfe NRW am 24.11.2023 im LVR-Horion-Haus ausgerichtet werde.

Herr **Stergiopoulos** und Frau **Servos** bedanken sich für das neue Sitzungsmobiliar für Rollstuhlnutzende.

Duisburg, den 02.11.2023

Der Ausschussvorsitzende

W ö r m a n n

Köln, den 31.10.2023

Die Direktorin des Landschaftsverbandes
Rheinland

L u b e k